



Herrn
Christoph Mittler
Fichtenstr. 2
56626 Andernach

Frankfurt, den 17. April 2009

Sehr geehrter Herr Mittler,

die Abtreibung, also das sinnlose Töten eines unschuldigen Kindes, ist dermaßen grausam, dass es wohl kaum Abtreibungen gäbe, wenn die Frauen sehen könnten, dass ein voll entwickeltes Kind getötet wird.

Doch gerade das ist im sogenannten "Beratungskonzept" nicht vorgesehen.

Die meisten Beratungsstellen bemühen sich gar nicht, den Müttern darzustellen, was da eigentlich passiert.

Würde man den Müttern, die überlegen, ob sie abtreiben sollen, ihr Kind zeigen, würden viele ihr Kind sicher behalten wollen.

Dank der modernen Technik ist das ja jetzt möglich:

Die Ultraschall-Untersuchung hat sich dermaßen entwickelt, dass die Mütter sogar in drei Dimensionen ihr Kind sehen können.

Durch die Anwendung des Ultraschalls können die Mütter alle Details ihres Kindes sehen: Das Gesicht, die Hände, die Füße, den Rücken...

Ihnen darf nicht weiter vorenthalten werden, wer da getötet wird:

Die Ultraschall-Untersuchung müßte eigentlich Pflicht bei der Schwangerschaftskonfliktberatung werden, und dafür müssen wir uns einsetzen!

Deshalb bitte ich Sie, die beiliegenden Postkarten an die Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition (Volker Kauder CDU, Dr. Peter Ramsauer CSU, Dr. Peter Struck SPD) heute noch unterschrieben abzuschicken.

Helfen Sie auch finanziell, damit diese Aktion mit Erfolg durchgeführt werden kann.

Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur e. V.

Postfach 1565 – 61285 Bad Homburg – Tel.: 06172 / 680 41 70 – Fax: 06172 / 680 41 71

Spendenkonto: Postbank Frankfurt am Main – BLZ 500 100 60 – Kto.Nr. 616490-607

Als im Jahr 1995 das sog. Beratungskonzept eingeführt wurde, war es für jeden klar, dass dieser nur eine Feigenblattfunktion hatte.

Nach dem Beratungskonzept bleibt eine Abtreibung straf-frei obwohl rechtswidrig, falls die Mutter sich beraten läßt und einen Beratungsschein erhält.

Der Beratungsschein hatte aber nur eine Alibi-Funktion.

Die Mehrheit der Politiker hatte sich dazu entschieden, die Abtreibung bis zur zwölften Woche freizugeben und brauchten nur noch einen Trick, um das Verbot des Bundesverfassungsgerichts zu umgehen.

Die Konsequenzen sind bekannt:

Die Abtreibungszahlen stiegen, mehr unschuldige ungeborene Kinder wurden in Deutschland sinnlos getötet, die Kultur des Todes breitet sich unbarmherzig aus.

Das Beratungskonzept wirkt sich ebenso katastrophal auf die Mentalitäten aus, denn viele meinen, dass sie etwas unbedenkliches tun.

Das Bewusstsein, dass da ein Mensch getötet wird, schwindet immer mehr.

Deshalb ist die Einführung der Ultraschall-Untersuchung bei der Beratung so wichtig.

Denn die Anwendung des Ultraschalls ist hervorragend geeignet, das Leben des Kindes im Mutterleib sichtbar zu machen und so bei der Mutter ein stärkeres Bewusstsein für das Leben des eigenen Kindes zu wecken.

So könnte das Leben vieler Kinder gerettet werden.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir eine breite Initiative in der Öffentlichkeit hierfür starten:

Senden Sie bitte die beiliegenden Postkarten an die Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition heute noch unterschrieben ab.

In Deutschland meinen viele Frauen, dass sie mit dem Beratungsschein legal abtreiben dürfen, also ist das, was sie tun, gar nicht schlimm, sondern völlig in Ordnung.

Das stimmt aber nicht.

Abgesehen von der Moral, die über den Gesetzen eines Staates steht und sich nicht ändert, ist die Abtreibung nach wie vor in Deutschland eine rechtswidrige, wenn auch straffreie, Tat.

Dieser Widerspruch führt in der Praxis und in den Mentalitäten dazu, dass die Abtreibung als etwas Legitimes angesehen wird, ja, für viele ist das sogar etwas wie ein Recht der Frau, ihr Kind zu töten.

Weil die Beratungsregelung außerdem noch völlig lasch, u.a. als Ergebnisoffen, definiert wurde, ist sie völlig wirkungslos.

Nur eine Beratung, die ausdrücklich darauf hinweist, dass die Frau, also die Mutter, bei einer Abtreibung, ihr eigenes Kind töten läßt und dieses Kind ein schon voll entwickelter Mensch ist, könnte das Leben von unzähligen Ungeborenen retten.

Natürlich müssen wir danach streben, dass die Abtreibung komplett verboten wird.

Aber wir können uns heute für eine Verbesserung des existierenden Gesetzes einsetzen.

Die Forderung, eine Ultraschall-Untersuchung bei der Beratung durchzuführen, ist ein solcher Schritt und gleichzeitig ein Test für die Politiker:

Falls unsere Politiker tatsächlich die Abtreibungszahlen senken wollen, ja durch das Urteil des BVerfG von 1993 dazu verpflichtet sind, müssen sie die Ultraschall-Untersuchung einführen.

Die Ultraschallmethode ist ein modernes Verfahren, das Bilder der gewünschten Körperregionen mit Hilfe von Ultraschallwellen auf einem Bildschirm sichtbar macht.

Die Bilder vermitteln eine räumliche Vorstellung von Größe, Form und Struktur der untersuchten Organe, der Weichteilgewebe und der Gefäße.

Ärzte untersuchen oft Befunde mit Hilfe der Sonographie, da sie eine schnell durchzuführende und kostengünstige Methode ist.

Auch sind für eine Anwendung des Ultraschalls keine besonderen Vorbereitungen des Patienten nötig.

Die Vorteile dieser Untersuchung sind so groß, dass ihre Einführung bei den Beratungen von unseren Politiker praktisch zwingend gemacht werden muß.

Falls unsere Gesetzgeber das nicht tun, kann das nur heißen, dass sie nichts anderes als die freie Abtreibung haben möchten, und die Beratung eigentlich nur Feigenblattfunktion hat.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Aktion groß wird und möglichst viele erreicht:

- Damit das Bewußtsein für das Leben im Mutterleib verstärkt wird.
- Damit die Mütter vor der Verführung der Abtreibung geschützt werden.

- Und vor allem, damit wir das Leben von ungeborenen Kindern retten.

Deshalb ist Ihre Teilnahme so wichtig:

Nehmen Sie an dieser Aktion teil und schicken Sie heute noch die beiliegenden Postkarten an die Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition unterschrieben ab.

Sie können auch weitere Postkarten bestellen, um sie an Freunde und Bekannte zu verteilen.

Doch dafür sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen.

Bitte helfen Sie uns zur Durchführung dieser Aktion auch mit Ihrer bestmöglichen Spende von 50 oder 25 Euro.

Jeder Betrag hilft, das Recht auf Leben der Ungeborenen in der Öffentlichkeit zu verteidigen.

Wenn Sie mit 50 oder 25 Euro helfen, kann ich neue Mitsstreiter finden und den Teilnehmerkreis unserer Aktionen erweitern.

Es ist wichtig, dass sich immer mehr Menschen in Deutschland für das Lebensrecht der Ungeborenen einsetzen.

Dann können wir gemeinsam erreichen, dass dieses Recht wieder respektiert und geachtet wird.

Mit Ihrer Spende von 50 oder 25 können Sie für den Aufbau einer Zukunft beitragen, in der alle ungeborenen Kinder willkommen sind.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen



Benno Hofschulte

PS: Würde den Müttern, die überlegen, ob sie abtreiben sollen, ihr Kind gezeigt, würden es viele behalten wollen.

Durch die Anwendung von Ultraschall können Mütter ihr Kind sogar in drei Dimensionen ihr Ungeborenes sehen.

Die Ultraschall-Untersuchung muß Pflicht bei der Schwangerschaftskonfliktberatung werden.

Deshalb bitte ich Sie, die beiliegenden Postkarten an die Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition (Volker Kauder CDU, Dr. Peter Ramsauer CSU, Dr. Peter Struck SPD) heute noch unterschrieben abzuschicken.